

Vossische



Zeitung

Begründet

1764

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Vossische Zeitung“ erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Illustrierte Beilage „Zeitbilder“, jeden Donnerstag und Sonntag. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich M. 2.50 oder vierteljährlich M. 7.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf. Teuerungszuschlag 20%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Der Kanzler und die Mehrheitsresolution.

Neue englische Anstürme in Flandern gescheitert.

Reibung des Vossischen Telegraphen-Büros.

Berlin, 22. August, abends.

In Flandern haben sich die heute früh einsetzenden englischen Angriffe östlich von Ypern auf eine Front von 15 Kilometer ausgedehnt, sie sind unter schweren Verlusten für den Feind gescheitert.

Der Verbund ruhte bisher der Infanteriekampf: hat

die Höhe vor. Die um Belle wurde zusammengeschossen, die Höhe blieb fest in deutscher Hand. Mehrere Versuche feindlicher Sturmtruppen, gegen Forges vorzustoßen, scheiterten blutig im Artilleriefeuer. Ostlich der Maas wurden am Nachmittage alle wütenden französischen Angriffe gegen unsere Linien von unseren tapferen Verteidigern abgeschlagen. Bei diesen Angriffen blieben ganze französische Sturmhaufen im Feuer liegen. Die französischen Verluste in diesem Abschnitte sind ganz außer-

ordentlich. Auch nächtliche Angriffe der Franzosen wurden in erbitterten Nahkämpfen, teilweise schon im Feuer blutig zurückgewiesen.

An der Ostfront brachen russische Angriffe südlich des Trotus-Tales unter schweren Verlusten für den Feind zusammen. Dasselbe Schicksal erlitten drei starke feindliche Angriffe gegen unsere Stellungen auf dem Cosna nördlich Crozei, ebenfalls vier heftige Stürme gegen die Höhe 895 nördlich von Soveja.

Zusammenstoß im Hauptauschuß.

Die gestrige Beratung des Hauptauschusses des Reichstages über die auswärtige Politik hat zu einem unerwarteten Konflikt zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern der Mehrheitsparteien geführt, die am 19. Juli die bekannte Friedensresolution im Plenum des Hauses zur Annahme gebracht hatten. Der Streit entbrannte infolge einer überaus scharfen Rede eines Zentrumsmitgliedes, das den Kanzler in Anbetracht der zahlreichen konservativen und alldeutschen Interpretationsversuche seiner letzten Reichstagsrede vor die Frage stellte, ob er seine Zustimmung zu der Reichstagsresolution aufrecht erhalte.

Die erwähnten Versuche, eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Standpunkt des Reichskanzlers und der Reichstagsresolution zu konstruieren, haben vor allem die einschränkende Bemerkung des Reichskanzlers in seiner damaligen Rede zum Ausgangspunkt genommen, daß die von ihm erstrebten Ziele im Rahmen der Reichstagsresolution, „wie er sie verstehe“, zu erreichen seien. Aus der gestrigen Kanzler-Erklärung geht hervor, daß der Zentrumsabgeordnete dem Reichskanzler den Vorwurf gemacht hat, er habe am 19. Juli die erwähnte Einfügung in seine Rede ohne Vorwissen der Mehrheitsparteien und im Gegensatz zu ihrer berechtigten Erwartung seiner vollen Zustimmung vorgenommen. Der Reichskanzler hat gestern diese Tatsache zugegeben. Er hat nach dem vorliegenden halbamtlichen Bericht von Schattierungen in der Auffassung der Kriegsziele Resolution gesprochen. Aus dem Bericht geht aber nicht unmittelbar hervor, welche Stelle seiner Erklärung den unmittelbaren und hauptsächlichsten Anlaß für die Erregung der Mehrheitsparteien gebildet hat.

Im Zusammenhang mit den darauf folgenden Ereignissen läßt sich aber erkennen, daß sich der Reichskanzler mit ziemlicher Deutlichkeit einer Festlegung auf die Reichstagsresolution entziehen wollte, wenn er auch vermeiden hat, eine der Entschiedenheit gegenläufige Überzeugung auszusprechen. Nachher hat dann Dr. Michaelis, offenbar unter der Einwirkung persönlicher Unterredungen, die während der Verhandlungspause stattfanden, seinen Standpunkt abermals modifiziert. Er hat den Inhalt seiner Rede vom 19. Juli aufrecht erhalten, aber es geht aus dem Bericht nicht hervor, ob er auch den von den Mehrheitsparteien gewünschten Kommentar zu der Rede gegeben hat.

Insmerhin ist wenigstens für den Augenblick nach der zweiten Erklärung des Reichskanzlers und nach der darauffolgenden Erklärung des Abgeordneten Ebert im Namen der Mehrheitsparteien eine gewisse Beruhigung eingetreten. Daß die Angelegenheit damit zu Ende wäre, kann man nicht behaupten. Der Abgeordnete Ebert hat insbesondere betont, daß unter den Anhängern der Reichstagsresolution Schattierungen in der Auffassung dieser Kundgebung nicht bestehen. Wenn also der Reichskanzler — was ja noch nicht festgestellt ist — eine solche abweichende Schattierung für seine eigene Auffassung aufrecht erhält, so würde er damit aufhören, auf dem Boden der Resolution zu stehen. In Reichstagskreisen verlautet denn auch, daß vermutlich eine weitere Klärung der Angelegenheit angestrebt werden wird. In diesem Zusammen-

hang ist es erwähnenswert, daß die Führer der Reichstagsfraktionen gestern abend einer Einladung in das Reichskanzlerpalais gefolgt sind.

Die erste Kanzler-Erklärung.

Nach dem vorliegenden halbamtlichen Bericht hatte die erste Erklärung des Reichskanzlers folgenden Inhalt:

„Einer der Herren Vorredner hat bemängelt, daß ich in meiner Reichstagsrede vom 19. Juli bei der Bezugnahme auf die dem Reichstage vorgelegte Friedensresolution die Worte gebraucht habe: „wie ich sie auffasse“.

Ich erkenne ohne weiteres an, daß bei den Vorbesprechungen mit den Herren Fraktionsführern ein solcher Zusatz nicht ausdrücklich von mir erwähnt worden ist. Andererseits möchte ich feststellen, daß die von mir gebrauchte Wendung materiell meine Haltung zu der Resolution, wie ich sie in den erwähnten Vorbesprechungen zum Ausdruck gebracht habe, und wie sie aus den in meiner Reichstagsrede umschriebenen Friedenszielen hervorgeht, in keiner Weise widerspricht. Ueber die Ziele im einzelnen, die sich bei den Friedensverhandlungen im Rahmen der Resolution werden erreichen lassen, sind Schattierungen der Auffassung gewiß möglich, wie ich solche bei den Vorverhandlungen auch innerhalb der Mehrheitsparteien wahrgenommen zu haben glaube.“

Die zweite Erklärung des Kanzlers.

Nach einer Verhandlungspause führte Reichskanzler Dr. Michaelis aus: Zu meiner Erklärung von heute vormittag hat ein Abweichendes von meinen Darlegungen in der Rede vom 19. vorigen Monats nicht ausgesprochen werden sollen; deren Inhalt halte ich aufrecht.

Daß ich die Absicht eines Abweichens nicht gehabt habe, geht aus der Tatsache hervor, daß ich bereits heute vormittag die Einladung zu Besprechungen habe ergehen lassen, die die von mir als erwünscht bezeichnete engste Fühlungnahme zwischen mir und dem Reichstag herstellen sollen, und zwar zunächst für die Verhandlungen über die Antwort, die der Kurie auf die Friedensnote des Papstes zu erteilen ist.

Diese Antwort kann nur getragen sein von dem Streben nach einem Frieden des Ausgleichs und der Verständigung, wie es in der Resolution des Reichstags vom 19. Juli seinen Ausdruck gefunden hat.

Die Stellungnahme der Mehrheit.

Hierauf gab im Auftrage der Mehrheitsparteien des 19. Juli Reichstagsabg. Ebert folgende Erklärung ab:

Die Vertreter der Parteien, die die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 eingebracht haben, stellen fest:

1. „In den Vorverhandlungen, die über die Resolution zwischen den Vertretern der beteiligten Parteien und dem Reichskanzler seiner Zeit stattgefunden haben, konnte nach den ausgetauschten Erklärungen keine derselben annehmen, daß der Reichskanzler sich nicht auf den Boden der Reichstagsentscheidung stellen würde;

2. Die Bemerkung des Reichskanzlers, daß innerhalb der Mehrheitsvertreter sachliche Differenzen über die Auslegung der Reso-